

Eine deutsche Sprachinsel wird vertrieben

Planung

Die Austreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei erfolgte nicht im Zuge der Kriegshandlungen, steht mit diesen auch in keinem ursächlichen Zusammenhang. Sie begann, nachdem der Waffenstillstand geschlossen war.

Die Austreibung kann auch nicht als spontane Reaktion des tschechischen Volkes auf die deutsche Besetzung Böhmens und Mährens verstanden werden. Eine spontane Reaktion hätte sich, wenn schon nicht während der Besatzungszeit, so doch unmittelbar danach, als die deutsche Front und die deutsche Verwaltung zusammenbrachen, zeigen müssen. Zu diesem Zeitpunkt sind aber nur örtliche Aktionen von Tschechen gegen Deutsche feststellbar, die nicht auf eine Vertreibung der Deutschen abzielen. Wohl hatte sich bei den Tschechen während der Besatzungszeit einige Verbitterung angesammelt. Doch die Deutschen, mit denen man jahrhundertlang zusammengelebt hat, aus dem Land zu weisen, dieser Gedanke mußte dem tschechischen Volk erst durch massive Propaganda seitens seiner neuen Regierung nahegebracht werden. Das erforderte eine gewisse „Anlaufzeit“. Das tschechische Volk restlos, in allen seinen Schichten, für diesen Gedanken zu gewinnen, vermochte auch die massivste Propaganda nicht.

Der Gedanke, Bevölkerungsteile aus- oder umzusiedeln (transfer of populations), entspringt der Ideologie des rassenreinen und sprachlich homogenen Nationalstaates. Ein solcher Nationalstaat wurde von nationalistischen Kreisen der Tschechen mit weitgehender Unterstützung der damaligen tschechoslowakischen Regierungen schon in der Zeit zwischen 1918 und 1938 angestrebt. „Die Sprachgrenzen müssen mit den Staatsgrenzen in Einklang gebracht werden“, war die Umschreibung dieser Bestrebungen. Durch gezielte Personal-, Wirtschafts- und Schulpolitik wurde versucht, Deutsche, Ungarn, Polen u. a. zu zwingen, sich als Tschechen auszugeben oder abzuwandern. Gedanken an Ausweisung nicht-tschechischer Volksgruppen tauchten damals nur vereinzelt auf und fanden in der breiten tschechischen Öffentlichkeit keine Resonanz.

Erst während des 2. Weltkrieges begann die tschechoslowakische Exilregierung in London, zuerst vorsichtig und zurückhaltend, den Gedanken

an einen Bevölkerungstransfer ins Gespräch zu bringen. Am 17. Mai 1941, in einer Rede vor der „Alliance Francaise“ in Manchester, gab der Außenhandelsminister der tschechosl. Exilregierung, Dr. Hubert Ripka, zum ersten Mal öffentlich bekannt, daß seine Regierung nach Niederwerfung der Achsenmächte einen Bevölkerungstransfer in Erwägung zieht. Wie es der Exilregierung gelang, ihre Pläne allmählich Gestalt gewinnen zu lassen und die Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion für diese Pläne zu gewinnen, beschreibt der ehemalige Staatspräsident der Tschechoslowakei, damals auch Präsident der Exilregierung, Dr. Eduard Benesch, in seinem Erinnerungsbuch „Paměti“ (Prag, 1947). Die Detailpläne für den Transfer wurden von Dr. Ripka ausgearbeitet.

Der Personenkreis, der aus der wiedererrichteten Tschechoslowakei ausgesiedelt werden soll, wurde allerdings bis zur Einleitung der Maßnahmen nie genau umrissen. Die tschechoslowakische Exilregierung übersiedelte im Dezember 1943 von London nach Moskau. Als im Frühjahr 1945 Sowjettruppen die Ostslowakei erreicht hatten, verlegte sie ihren Sitz nach Kaschau. Dort verkündete sie am 5. April 1945 ihr Regierungsprogramm, das „Kaschauer Statut“. Abschnitt VIII dieses Statuts besagt: „Deutsche und Ungarn, die in das Gebiet der Tschechoslowakei nach München 1938 einwanderten, werden, sofern sie nicht einem Strafverfahren unterliegen, gleich aus der Republik ausgewiesen. Eine Ausnahme bilden jene Personen, die zugunsten der Tschechoslowakei gearbeitet haben.“ Von den Deutschen und Ungarn, die schon vor 1938 die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besaßen, sollen lediglich Personen, „die wegen Verbrechen gegen die Republik und gegen das tschechische und slowakische Volk beurteilt und verurteilt werden“, der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft verlustig erklärt und für immer aus der Republik ausgewiesen werden. Den übrigen Deutschen und Ungarn, mit Ausnahme von Antifaschisten, aktiven Widerstandskämpfern, politischen und KZ-Häftlingen und Emigranten, wird die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft aberkannt, sie können aber erneut für die Tschechoslowakei optieren.

Am 11. Mai 1945 kündigt der stellvertretende Ministerpräsident Gottwald den „Abschub der Deutschen und Magyaren“ an. Am 16. Mai 1945, bei seinem Einzug in Prag, erklärt Staatspräsident Benesch: „Unser Wahlspruch wird sein, daß wir unser Land von allem Deutschen, kulturell, wirtschaftlich und politisch reinigen müssen.“

Am 3. Juni sagt er bei einer Kundgebung in Tabor: „Ich erteile allen Nationalausschüssen (Narodní výbor) ¹⁾ strengen Befehl, unseren Leuten im Grenzgebiet Platz zu verschaffen. Werft die Deutschen aus ihren

¹⁾ Gremien, die sich vor dem 5. Mai 1945 konstituiert hatten und nach diesem Datum die Verwaltung übernahmen.

Wohnungen und macht den unsrigen Platz! Alle Deutschen müssen verschwinden. Was wir im Jahre 1918 durchführen wollten, erledigen wir jetzt. *Damals schon wollten wir alle Deutschen abschieben*, Deutschland aber war noch nicht vernichtet und England hielt uns die Hände, jetzt aber muß alles erledigt werden. Kein deutscher Bauer darf nur einen Quadratmeter Boden unter seinen Füßen haben, kein deutscher Gewerbetreibender oder Geschäftsmann darf sein Unternehmen weiterführen. *Wir wollten das auf eine feinere Weise zur Durchführung bringen, aber da kam das Jahr 1938* dazwischen. All dessen muß sich jeder Národní výbor bewußt sein und rasch handeln. Der Öffentlichkeit wegen muß ich zwar noch bei den Großen Drei die Bewilligung einholen, aber das ändert an all dem nichts mehr, denn es ist alles schon beschlossen.“

Am 21. Juni erläßt der Präsident das Dekret über die Beschlagnahme allen landwirtschaftlichen Vermögens von Deutschen und Magyaren (Sammlung der Gesetze und Verordnungen 12/1945).

Am 29. Juni 1945 bringt der „City and East London Observer“ einen Sonderbericht aus Prag über Verhandlungen zwischen der tschechoslowakischen und sowjetischen Regierung, „deren Ergebnis die Transferierung der Sudetendeutschen in die russische Okkupationszone Deutschlands sein dürfte. Junge Leute zwischen 18 und 38 Jahren werden wahrscheinlich nach Rußland als Arbeitsbrigaden kommen.“ „Yorkshire Post“ berichtete bereits am 16. September 1944 über ein solches Abkommen der tschechoslowakischen Exilregierung.

Am 2. August 1945 wird in Artikel XIII der Potsdamer Erklärung der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion festgelegt, „daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß.“ Die Überführung soll in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen.

Am 2. August 1945 erläßt Präsident Benesch das Dekret über die Aberkennung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft für alle Deutschen und Magyaren (Sammlung der Gesetze und Verordnungen 33/1945).

Am 25. Oktober 1945 erläßt Präsident Benesch das Dekret über die Beschlagnahme allen beweglichen Vermögens und aller Vermögensrechte von Deutschen und Magyaren (Sammlung der Gesetze und Verordnungen 108/1945).

Doch die Vertreibungen Deutscher und Ungarn waren bereits seit Ende Mai 1945 im Gange, ohne Unterschied, ob nach 1938 zugewandelter Reichsdeutscher oder seit Generationen im Lande ansässig, ohne Unterschied ob Nazi, Antifaschist, Kommunist oder sich zum Deutschtum oder Magyarentum bekennender Jude.

Ablauf

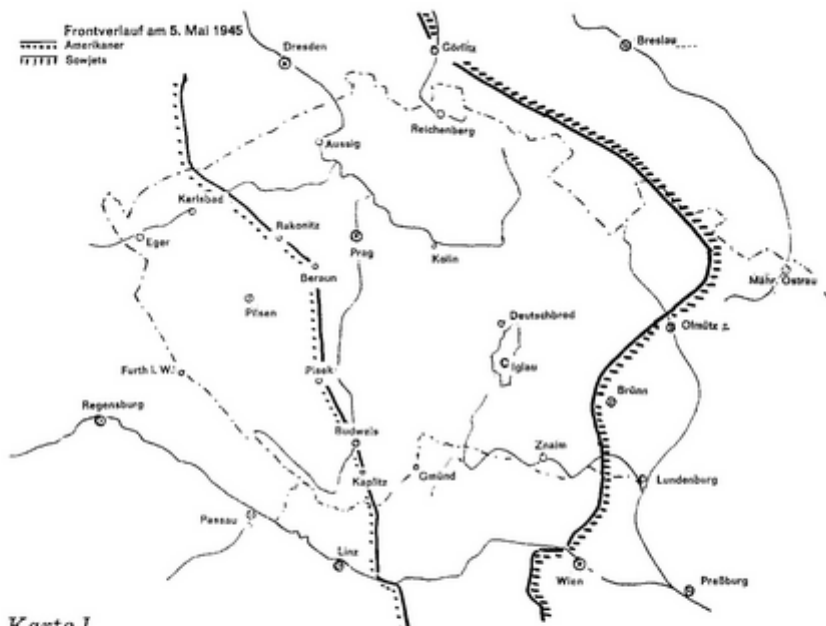
Da auch in der Iglauer Sprachinsel „Feindsender“ abgehört wurden, waren die Pläne der tschechoslowakischen Exilregierung den Sprachinseldeutschen bekannt. Man hielt sie für Übertreibungen der Kriegspropaganda, für absurd, und beruhigte sich damit, daß nichts so heiß gegessen wird wie es gekocht wurde. Diese Auffassung wurde auch von den meisten in der Sprachinsel ansässigen Tschechen geteilt.

Als zu Beginn des Jahres 1945 die Fronten näherrückten, Flüchtlingstrecks aus Ostpreußen, Schlesien und den donauschwäbischen Siedlungsgebieten in bzw. durch die Sprachinsel kamen, vereinzelt tschechische Partisanen auftauchten, wurden auch Vorbereitungen für eine Evakuierung der Iglauer Sprachinsel getroffen. Staatssekretär K. H. Frank wollte alle Deutschen aus dem damaligen Protektorat evakuieren und eine den Westmächten genehme tschechische Beamtenregierung veranlassen, einen selbständigen Staat auszurufen, ehe die Sowjetarmee in Böhmen einmarschiert. Hitler hinderte ihn zunächst daran. Als er ihm dann Ende April doch freie Hand gab, fuhr eine tschechische Delegation ins amerikanische Hauptquartier, um mit General Eisenhower Verhandlungen aufzunehmen. Über deren Verbleib herrscht bis heute Ungewißheit²⁾. Ungewißheit herrschte auch, ob Russen oder Amerikaner das Gebiet der Iglauer Sprachinsel zuerst erreichen werden. Die Amerikaner hatten anfangs Mai die Linie Rakonitz — Beraun — Pilsen erreicht, standen knappe 40 km vor Prag, als dort am 5. Mai der Aufstand ausbrach. Die Russen waren noch etwa 250 km von Prag entfernt³⁾. Noch hofften viele Tschechen, daß die Amerikaner in den nächsten Stunden Prag besetzen werden. Flugzeuge mit tschechischen Besatzungen standen startbereit auf englischen Flugplätzen zum Entsatz von Prag. Sie erhielten vom alliierten Oberkommando Startverbot. Die Amerikaner zogen sich gemäß einer Absprache zwischen General Eisenhower und dem sowjetischen General Antonow auf die Linie Karlsbad — Pilsen — Budweis zurück. Vom Prager Rundfunk kamen abwechselnd in englischer, deutscher, tschechischer und russischer Sprache einander widersprechende Meldungen durch. Ein „tschechisches Nationalkomitee“, das sich ab und zu über den Sender Budweis meldete, versuchte, die Übergabe in geordnete Bahnen zu lenken.

Diese sich überstürzenden und verwirrenden Ereignisse waren die Ursache, daß von „oben“ kein Befehl zur Evakuierung der Sprachinsel kam. In sechs Jahren Krieg hatte man sich aber daran gewöhnt, auf Befehle und Weisungen zu handeln. Für eigene Initiativen gab es in dieser Zeit kaum einen Spielraum. So waren es nur ganz wenige, die vor der Kapitulation der deutschen Wehrmacht das Gebiet der Sprachinsel

²⁾ Wenzel Jaksch; Europas Weg nach Potsdam, S. 419.

³⁾ Siehe Karte I!



Karte I

verließen. Erst nach dem 5. Mai setzten sich kleine Trecks westwärts in Bewegung, die zumeist später von den Russen eingeholt wurden.

Iglau und die Sprachinsel hatten keine Kriegsschäden erlitten. Lediglich die Betriebsanlagen des Iglauer Hauptbahnhofs waren von Fliegern angegriffen worden und eine Eisenbahnbrücke wurde von Partisanen gesprengt.

Am 5. Mai, als die Nachricht vom Prager Aufstand durchkam, wurden in Iglau die ersten tschechischen Fahnen gehißt. Die Tschechen erlassen Aufrufe zu Ruhe und Besonnenheit.

Am 7. Mai wird die Stadtverwaltung an den tschechischen örtlichen Nationalausschuß (Místnírodní výbor) übergeben. Die Übergabeprotokolle sind in höflicher und sachlicher Form abgefaßt. Wahrung der Rechte Angestellter und Schutz privaten Eigentums wird darin garantiert⁴⁾.

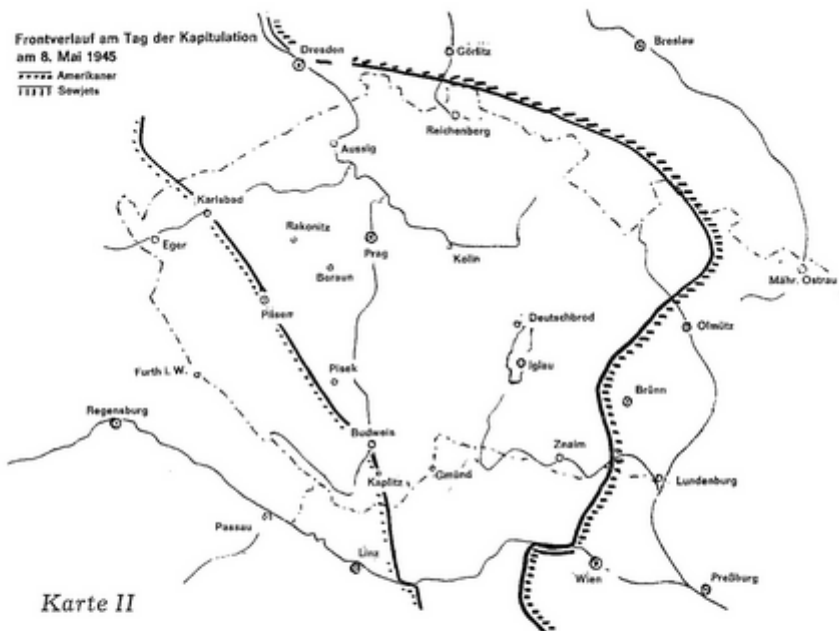
Am 8. Mai, um 21 Uhr, überflogen sowjetische Kampfflugzeuge die Stadt, werfen Phosphorbomben, die in den südlichen Stadtteilen Brände verursachen.

⁴⁾ In ähnlicher Art erfolgte die Übergabe in den Landgemeinden. Aus der Gemeinde Smilau liegt eine Erklärung des tschechischen Nationalausschusses vor, daß sich im kommunalen Bereich nichts Wesentliches ändern soll.

An diesem Tag kapituliert die deutsche Wehrmacht. Die Amerikaner hatten sich auf die Linie Karlsbad — Pilsen — Budweis zurückgezogen, die vormarschierende Rote Armee war zwischen Brünn und Iglau noch einmal zum Stehen gebracht worden ⁵⁾.

Am 9. Mai, 5 Uhr, Detonationen, Glockengeläute, Sirenengeheul. Die Rote Armee rückt in Iglau ein.

9. Mai. Mit den Russen kommen ortsfremde Tschechen, im Lauf der folgenden Tage immer mehr, bewaffnet, in Räuberzivil oder Phantasieuniformen. Sie geben sich als Partisanen aus, dringen in Begleitung russischer Soldaten in Wohnungen Deutscher, nehmen Wertsachen mit, zeigen den Russen, wo Deutsche wohnen. Die Russen interessieren sich hauptsächlich für Uhren, Spirituosen und Frauen, auch für tschechische Frauen und Mädchen.



⁵⁾ Siehe Karte II!

Die „Partisanen“⁶⁾ übernehmen das Regiment im örtlichen Nationalausschuß (místní národní výbor) und im Bezirks-Nationalausschuß (okresní národní výbor).

Den Deutschen wird verboten, ihren Wohnort zu verlassen und die Wohnungstüren abzusperrern. Jeder „Partisan“, jeder Rotarmist hat jederzeit freien Zutritt in die Wohnungen der Deutschen. Wer sich gegen Plünderer zur Wehr setzt, Frau, Mutter oder Tochter vor Vergewaltigungen schützen will, wird niedergeschlagen.

Die Post- und Telefonverbindung mit der Außenwelt ist abgeschnitten. Deutsche Aufschriften werden entfernt. Deutsche dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel und keine Gehsteige benutzen, müssen weiße Armbinden tragen. Einzelne Deutsche werden verhaftet, andere grundlos mißhandelt. Viele wählen den Freitod. Sie werden in Massengräbern auf dem städtischen Friedhof beerdigt.

Nicht wenige Iglauer Tschechen verurteilen das Vorgehen gegen die Deutschen, versuchen zu helfen oder Deutsche in Schutz zu nehmen. Ihnen wird die gleiche Behandlung wie den Deutschen angedroht, in Einzelfällen auch angetan.

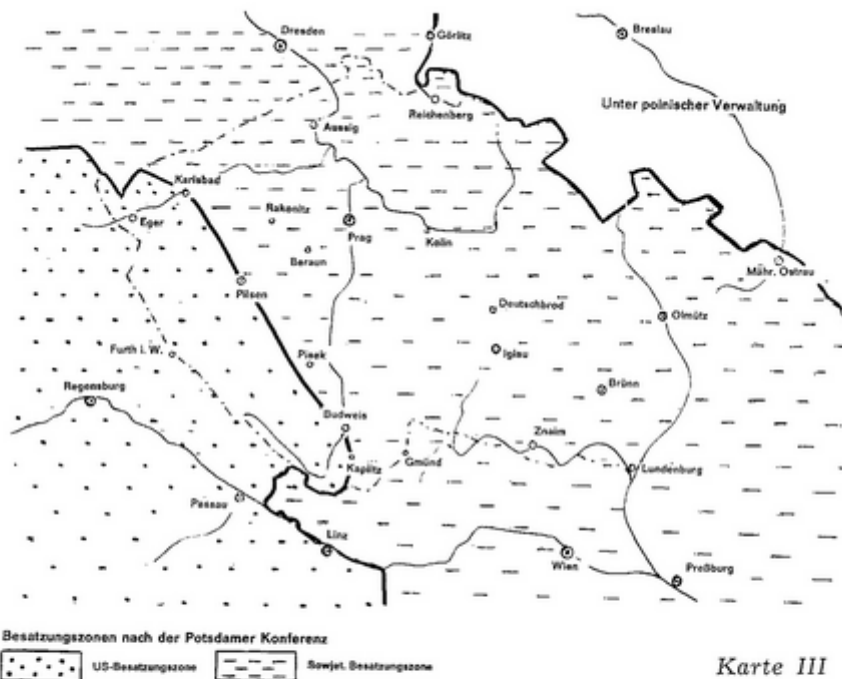
Am gleichen Tag werden die meisten Sprachinselmgemeinden von Sowjettruppen besetzt. In einigen spielen sich die gleichen Szenen wie in der Stadt ab, andere, namentlich abgelegene Orte im südlichen Sprachinselteil, bleiben von Ausschreitungen verschont. In diesen Orten standen sich Deutsche, ortsansässige Tschechen und Rotarmisten gegenüber. Es fehlten noch die ortsfremden tschechischen „Rollkommandos“, die die Atmosphäre erst „anheizten“. Auch einzelne Dörfer in der nördlichen Sprachinsel, wo rumänische Besatzungstruppen stationiert waren, hatten weniger zu leiden.

10. Mai. In Iglau geben die Ortslautsprecher laufend Anordnungen und Verbote des Národní výbor bekannt:

⁶⁾ Über diesen Menschentyp schreibt der tschechische Widerstandskämpfer Jiri Veltrusky in der Prager sozialistischen Wochenschrift „Cil“ (das Ziel) vom 23. 5. 1947:

„Wir waren Zeugen dessen, wie sich menschliche Ratten, die vorher vor Angst gezittert hatten, aus ihren Löchern auf den besiegten Feind stürzten, um sich in schändlicher Weise an ihm für die eigene Feigheit zu rächen. Ein Eldorado für diese Elemente begann mit dem Ende des Prager Aufstandes, als sich auf der einen Seite die siegreichen Kämpfer ihrer Ermüdung hingaben und andererseits die Armbänder der revolutionären Garde an alle ausgehändigt wurden, die sich gerade meldeten. So entstand der Begriff der Räubergarden, der größte Abschaum, der sich unter die Helden des Aufstandes einschlich.“

Die Achtung vor den wirklichen Widerstandskämpfern gebietet, diese von den oben bezeichneten Typen, die erst nach Kriegsende Partisanen wurden, deutlich zu unterscheiden. In diesem Sinne möge der Ausdruck „Partisanen“ unter Anführungszeichen verstanden werden.



Waffen, Munition, Uniformstücke, Pelze, Schreibmaschinen, Rundfunkgeräte, optische Geräte, Fotoapparate, Musikinstrumente und Edelmetalle sind abzuliefern.

Alle deutschen Männer und Frauen haben sich beim Arbeitsamt zu melden. Deutsche Kaufleute müssen ihre Geschäfte schließen. Tschechische Kaufleute verkaufen nicht an Deutsche. Aus dem Krankenhaus werden die deutschen Patienten hinausgeworfen. Laufend werden Haussuchungen und Verhaftungen durchgeführt, die Zahl der Selbstmorde steigt.

In Deutsch Gießhübel werden alle Männer festgenommen, ins Schulhaus gesperrt und dort mißhandelt.

Fahrräder, Nähmaschinen, Rundfunkgeräte müssen abgeliefert werden.

12. Mai. In Iglau müssen die Deutschen im Stadtteil um die Altenberger Straße ihre Wohnungen für sowjetische Offiziere räumen, die Möbel und Einrichtungsgegenstände zurücklassen.

13. Mai. Die deutsche Bevölkerung der Stadt muß auf dem Sokolsportplatz antreten. Jungen über 14 Jahre müssen vor den Augen ihrer Eltern „Auf - und - nieder“ machen, werden dabei von „Partisanen“ mit

Klopfpeitschen bearbeitet. Der Platz muß mit bloßen Händen gesäubert werden, Geld, Ringe, Ausweise u. a. werden abgenommen. Ein Teil der Leute wird zu weiteren Arbeiten abkommandiert, die anderen heimgeschickt. Drei Männer bleiben tot auf dem Platz liegen.

14. Mai. In Schlappenz werden alle Männer, die irgendein öffentliches Amt innehatten, verhaftet und ins Gefängnis nach Deutschbrod eingeliefert.

In Bergersdorf werden vier Männer festgenommen, in die Nähe der Ortschaft Neuhof geschleppt, dort zusammen mit weiteren Männern aus Neuhof, Dobrenz, Seelenz, Bosowitz und Schrittenz erschlagen und verscharrt ⁷⁾.

Zu den ortsfremden Rollkommandos gesellen sich immer mehr labile Elemente aus Iglau und Umgebung. Oft greifen russische Soldaten ein, um zu arge Ausschreitungen gegen Deutsche zu verhindern. Immer wieder versuchen Tschechen, Deutschen Schutz und Hilfe zu leisten. Das ist gefährlich für sie und kann nur heimlich geschehen.

20. Mai. In Deutsch Gießhübel wird ein Teil der Bewohner in der Schule interniert. Außer einer Garnitur Kleider und Wäsche müssen sie alle Habe zurücklassen.

Ab 20. Mai werden in Iglau Drucksorten verteilt. Der Text: „Ich ersuche um freiwillige Übersiedlung nach Helenental und um Verwaltung meines Eigentums bis zur endgültigen Entscheidung.“ Niemand hat das unterschrieben.

Zwischen 23. und 26. Mai werden die Deutschen mit vorgehaltener Waffe aus den Wohnungen gejagt. 10 bis 30 Minuten Zeit, nach jeweiligem Ermessen der „diensttuenden Partisanen“, wird zum Zusammenpacken gewährt. Die Räumung der Wohnungen erfolgt stadtteilweise. Die aus den Wohnungen Gejagten haben sich auf dem Sokol-Sportplatz zu versammeln. Dort wird zuerst das Gepäck durchsucht und abgenommen, was den „Partisanen“ gefällt. Dann werden Männer, Frauen und Kinder gesondert in Internierungslager gebracht. Zuerst wird das Lager Helenental belegt, später werden weitere Lager errichtet.

Die leerstehenden Wohnungen werden an Tschechen verteilt. Deutsche Betriebe und Geschäfte werden den von den Národní výbors ernannten Treuhändern (národní správce) unterstellt.

Am 9. Juni wird der erste Transport zusammengestellt. Männer, Frauen, Kinder, alte Leute. Nach welchen Gesichtspunkten ausgewählt wurde, ist nicht erkennbar. Es soll über die Grenze nach Österreich gehen. Abmarsch in Iglau um 5 Uhr, zu Fuß über Ranzern, Wilenz, Stannern, begleitet von bewaffneten „Partisanen“. Vor Teltsch wird Halt kom-

⁷⁾ Auch in Schlappenz und D. Schützendorf wurden Männer erschlagen.

mandiert. Nur österreichische Staatsbürger dürfen weiter. Die übrigen übernachteten im Freien, werden am nächsten Tag zurückgeführt und in das Internierungslager Stannern eingeliefert. Wer bei diesem Marsch nicht weiter kann, wird mit Peitschenhieben und Kolbenstößen vorwärtsgetrieben. Alte Leute, Kranke und Kinder bleiben erschöpft in den Straßengraben liegen, niemand weiß, wo sie verscharrt wurden. Es gibt keine Verpflegung. In den Ortschaften werden die Brunnen von „Partisanen“ umstellt. Trotzdem versuchen einzelne Tschechen immer wieder, den vorbeiziehenden Deutschen heimlich etwas zu essen oder zu trinken zuzustecken, wenn es die Begleitmannschaft nicht bemerkt⁸⁾.

Das gleiche spielt sich beim nächsten Fußtransport ab, der am 21. Juni Iglau verläßt und zum großen Teil aus Frauen und Kindern besteht. Er erreicht am 23. Juni Zlabings. Von dort aus wird er ohne Bewachung bis zur Staatsgrenze geschickt, wo tschechische Zollbeamten zum letzten Male das Gepäck durchsuchen und immer noch etwas finden, was sie behalten. Damit haben die ersten Iglauer Vertriebenen österreichisches Staatsgebiet erreicht. Viele brechen nach überstandenen Strapazen zusammen. 23 Kinder, die gerade noch über die Grenze geschleppt werden konnten, sind in Waldkirchen a. d. Thaya begraben. Es sind nicht die einzigen, die in diesen Tagen in Waldkirchen und auf den Friedhöfen der umliegenden Orte begraben wurden.

Vor allem diese beiden Fußtransporte vom 9. und 21. Juni verdienen den Namen „Todesmärsche“.

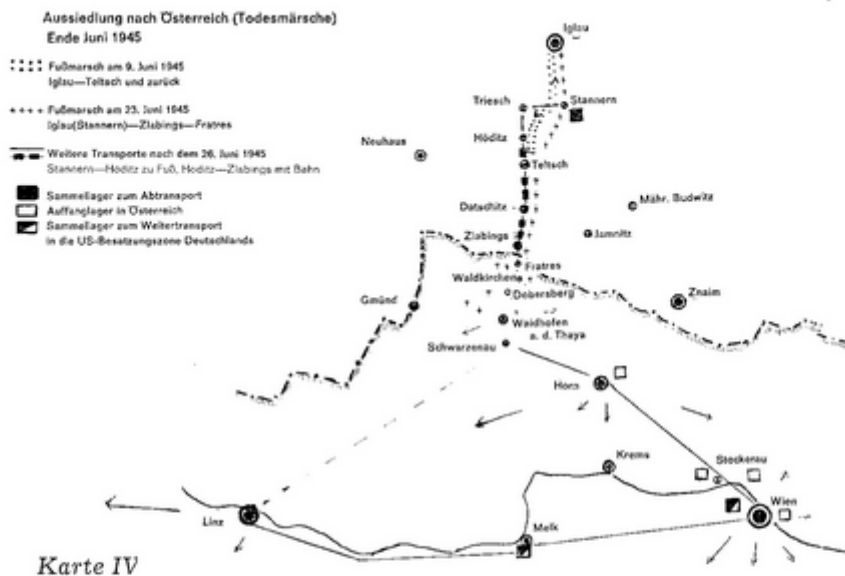
Die nächsten Transporte, am 25., 27. und 30. Juni wurden nur bis Höditz zu Fuß getrieben. Von Höditz bis Zlabings wurden die Leute in offenen Güterwagen verfrachtet, in Zlabings über die Grenze nach Österreich gejagt⁹⁾.

Die österreichischen Behörden standen der Situation ratlos gegenüber. Dieser Landesteil stand ebenfalls unter sowjetischer Besatzung, der Verwaltung waren die Hände gebunden und so tat sie zunächst sicherheits halber nichts. Dagegen schlichen auch auf österreichischem Gebiet unter dem Schutz der Russen tschechische Spitzel umher, nahmen Verhaftungen vor und schleppten einzelne Leute über die Grenze zurück. Die ortsansässige Bevölkerung und die Geistlichen halfen nach besten Kräften die akuten Notstände zu lindern und den Leuten vorläufige Unterkünfte zu beschaffen.

Im Juli 1945 wurden in den Sprachinseldörfern die Deutschen aus den Häusern gejagt und in Internierungslager oder in tschechische Betriebe, meist landwirtschaftliche, zur Zwangsarbeit geschickt. Häuser und Besitz

⁸⁾ Auch aus einzelnen Dörfern des südl. Sprachinselteils werden in diesen Tagen Leute Richtung österr. Grenze und auf halbem Wege wieder zurückgetrieben.

⁹⁾ Siehe Karte IV!



übernahmen Národní správe. Der Lohn für die deutschen Zwangsarbeiter wurde an die Národní výbory oder an die Lagerverwaltungen ausgezahlt. Die deutschen Zwangsarbeiter erhielten nur in wenigen Ausnahmefällen ein kleines Taschengeld, ansonsten nur unzureichende Verpflegung. Bei einigen tschechischen Bauern wurden die deutschen Arbeitskräfte gut behandelt, obzwar sie nach den Richtlinien der Národní výbors schlecht zu behandeln waren. Im allgemeinen war die Behandlung bei Bauern im tschechischen Sprachgebiet, die auf ihren eigenen Höfen geblieben waren, besser als bei den Národní správe, die deutsche Anwesen in der Sprachinsel übernommen hatten.

In der Zwischenzeit wurde allmählich im In- und Ausland bekannt, wie mit den Deutschen in der Tschechoslowakei verfahren wird.

In englischen Zeitungen mehren sich die kritischen Stimmen. Die britische Regierung richtet eine Note nach Prag. Demonstrationen in England gegen die Massenvertreibungen lassen aufhorchen.

Die Presse in den USA greift das Thema auf.

Auch einzelne tschechische Zeitungen kritisieren die Austreibung und die Art ihrer Durchführung.

Die Potsdamer Konferenz beschließt wohl, daß die Aussiedlungen durchgeführt werden, verordnet aber einen vorläufigen Stop und öffnet die britische und amerikanische Besatzungszone Deutschlands für die Aufnahme der Vertriebenen.

Erst im Frühjahr 1946 kommt die Aussiedlung wieder in Gang, nunmehr mit Bahntransporten in die amerikanische und sowjetische Besatzungszone Deutschlands.

Bis dahin verbleiben die Sprachinseldeutschen in Internierungslagern, in Zwangsarbeit, teils in Gefängnissen.

Die Internierungslager ¹⁰⁾

Das Lager *Helental* wurde als erstes Internierungslager in den Gebäuden der Tuchfabrik Löw errichtet. Am 23. Mai 1945 wurden die ersten Internierten eingewiesen. Über dem Eingangstor stand „Koncentrační tábor“ (Konzentrationslager). Als Unterkünfte dienten Werkhallen. Wasser mußte aus einem 1 km entfernten Brunnen geholt werden. Die sanitären Anlagen waren unzulänglich.

Im Lager waren ca. 5000 Menschen interniert. Männer und Frauen wurden getrennt untergebracht. Kleinkinder beließ man bei den Müttern, größere Kinder wurden von den Eltern getrennt. Die Verpflegung bestand aus einer Schale Suppe und einer Scheibe Brot täglich. Den Internierten wurde dafür 1000,— Kc Kostgeld abverlangt.

In diesem Lager starben viele Kinder und alte Leute.

Das Lager an der *Gossauer Straße*, ehemalige RAD-Baracken ohne Türen und Fenster, wurde ebenfalls am 23. Mai belegt. Den dort eingewiesenen Internierten hielt der Lagerkommandant folgende Ansprache: „Sie sind hier in einem KZ. Nichts gehört Ihnen mehr, alles ist Eigentum des tschechischen Volkes. Besitz von Wertsachen wird streng bestraft. Wer nach Einbruch der Dunkelheit außerhalb der Baracken angetroffen wird, wird erschossen. Wer Selbstmord begeht, dessen Sippe wird ausgerottet. Lebensmittel stehen Deutschen nicht zu. Alles Mitgebrachte muß an die gemeinsame Küche abgeliefert werden.“

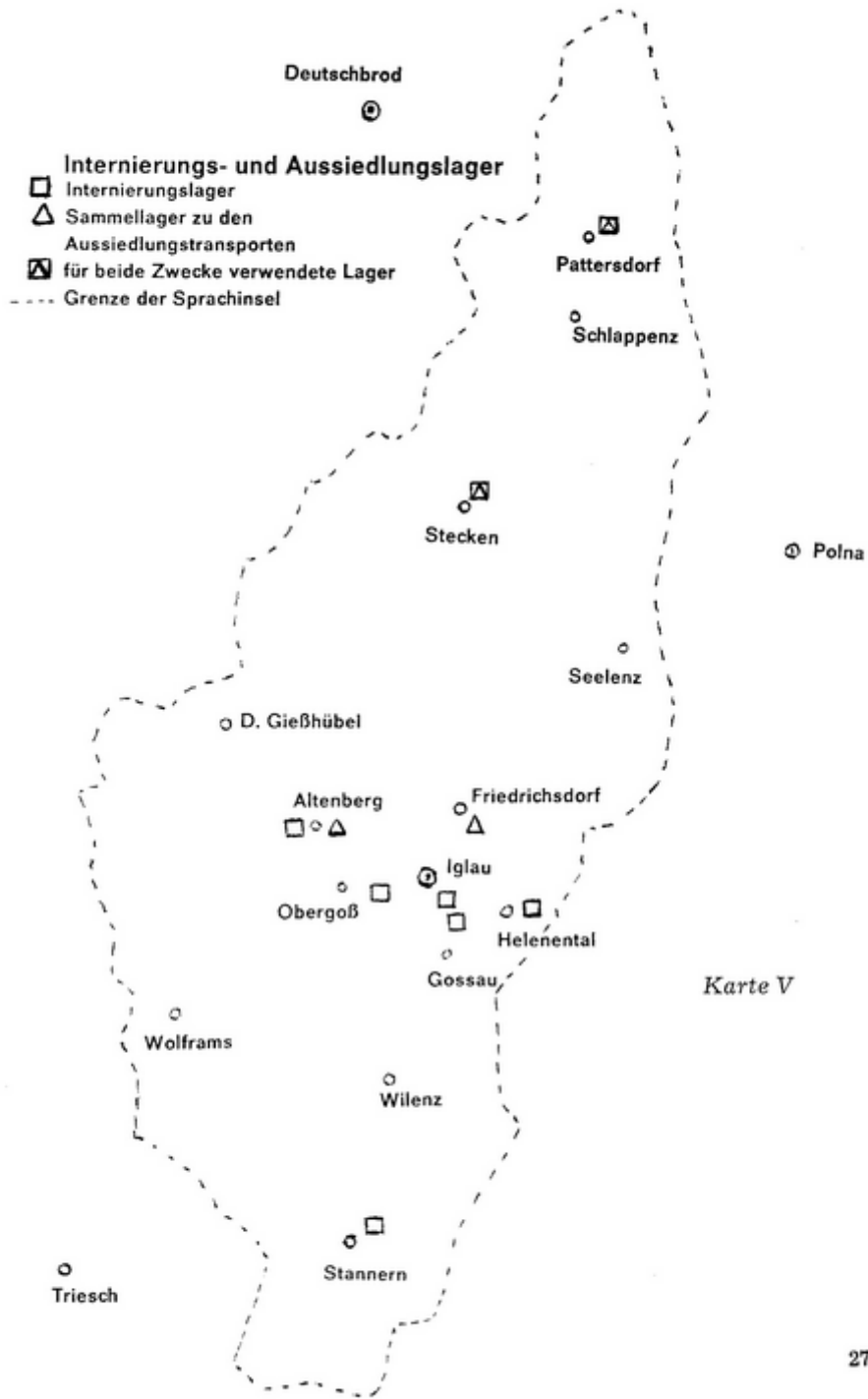
Die Tagesverpflegung bestand aus einer Schale Suppe, abends Malzkaffee.

Um 4.15 Uhr wurde geweckt, um 5.15 Uhr war Morgenappell und Einteilung zur Arbeit.

Im Lager traten Mangelkrankungen auf. Es fehlte an Medikamenten, Desinfektionsmitteln, Wäsche und Pflegepersonal. Als dann schließlich Typhusfälle auftraten, wurde das Lager am 7. Juni geräumt.

Die Kranken kamen in die Gebäude der ehem. Landesirrenanstalt auf dem *Brünnerberg*. Dort gab es feste Unterkünfte, fließendes Wasser,

¹⁰⁾ Siehe Karte V!



zulängliche sanitäre Anlagen. Die Internierten lagen auf Holzböden mit Strohaufgabe. Tagesverpflegung: 100 g Brot und Malzkaffee, mittags Eintopf, abends Malzkaffee oder Suppe. In das Lager Brünnerberg wurden zwischen Mai und September 1945 alle Kranken aus Iglau und Umgebung, auch Kriegsgefangene, eingewiesen. Dank der Umsicht und Energie der Ärzte Dr. Klima, Dr. Eliasch und Dr. Czopa (alle deutsche Internierte) konnten Epidemien verhindert und die Verhältnisse im Lager relativ erträglich gestaltet werden. Auch zahnärztliche Hilfe konnte in beschränktem Maß geleistet werden. Trotzdem starben, bei einer Belegstärke von etwa 1500 Personen, täglich im Durchschnitt 10—15 Menschen.

Erst ab September 1945 nahm das Iglauer Krankenhaus auch wieder Deutsche zur Behandlung auf.

Die gesunden Insassen des Lagers an der Gossauer Straße wurden am 7. Juni um 19 Uhr mit Gepäck auf den Appellplatz des Lagers befohlen. Dort ließ man sie bei Sturm und Wolkenbruch stehen und brachte sie dann völlig durchnäßt in das Lager *Obergoß*, ehemalige RAD-Baracken zwischen dem Exerzierplatz und der Ortschaft Obergoß, als Internierungslager am 26. Mai in Betrieb genommen. Die Wachmannschaften waren anfangs Russen, später tschechisches Militär. In einer der Baracken waren kranke und verwundete Kriegsgefangene untergebracht, eine andere Baracke diente als Ausweichquartier für das überfüllte Kreisgerichtsgefängnis, in dieser befanden sich auch tschechische Häftlinge. Das Lager war mit 2500 bis 3000 Leuten belegt.

Verpflegung gab es in den ersten Tagen nicht, später wurden Arbeitskommandos in verlassene deutsche Wohnungen geschickt, dort zurückgelassene Vorräte für die Verpflegung im Lager zu holen. Hohe Sterblichkeitsziffer, namentlich Kleinkinder.

Das Lager *Stannern*, erstmals belegt am 9. Juni 1945 mit dem auf dem Weg nach Österreich gestoppten und zurückgeschickten Transport. Zunächst wurden 3500 Menschen im ehemaligen RAD-Lager (Fassungsvermögen 250 Mann) untergebracht, in den nächsten Tagen auf 4 weitere Objekte verteilt. Männer, Frauen, Kinder getrennt. Die erste Woche keine Verpflegung. Tschechen aus Stannern und Umgebung schmuggeln Lebensmittel in die Lager. Einzelne Wachposten bemühen sich offensichtlich, dies zu übersehen. Andere schießen, sobald sich Deutsche der Umzäunung nähern.

Das Lager *Altenberg*, im vormaligen BMW-Werk (heute „Motorpal“), erst später errichtet, Unterkunft und Verpflegung besser als in anderen Lagern, die Lagerwachen schikanieren nicht. Lästig ist das viele Ungeziefer.

Die Lager *Friedrichsdorf*, *Stecken* und *Pattersdorf* dienen vorübergehend

als Internierungslager für die Landbevölkerung, ab Frühjahr 1946 als Sammellager für die Aussiedlertransporte.

In allen Lagern herrscht Arbeitszwang. Die Internierten werden entweder außerhalb des Lagers beschäftigt oder im Lager bei Aufräumungs- und Gartenarbeiten. Manchmal sind die Arbeiten sehr hart und schikanös (Frauen werden vor Pflug und Egge gespannt, Buben müssen im kalten Teichwasser nach Munition suchen). Täglich morgens wird angetreten, wer Arbeitskräfte braucht, sucht sie unter den Internierten aus. In einigen Fällen werden Internierte für längere Zeit am gleichen Arbeitsplatz beschäftigt. Bei Außenarbeiten besteht die Möglichkeit, sich zusätzliche Verpflegung zu verschaffen. Sonst ist das Verlassen des Lagers nur in Ausnahmefällen mit schriftlicher Genehmigung (propustka) des Lagerkommandanten gestattet. Dieselben Aufenthaltsbeschränkungen gelten für Zwangsarbeiter bei Bauern.

Die „Volksgerichte“

auch Retributionsgerichte genannt, wurden durch ein Dekret des Präsidenten der Republik vom 19. Juni 1945 errichtet. Sie hatten den Zweck, Personen, „die sich gegen die Republik und gegen das tschechische und slowakische Volk“ vergangen haben, zu bestrafen (s. „Kaschauer Statut“, Abschnitt VIII und IX!¹¹⁾).

Richter, Beisitzer und Ankläger dieser außerordentlichen Volksgerichte waren in der Regel Laien. Den Angeklagten wurden in einigen Fällen Offizialverteidiger gestellt, die die Angeklagten nur bei der Verhandlung zu sehen bekamen. Die Verhandlungen waren kurz und wurden ausschließlich in tschechischer Sprache geführt, die wenigsten der Angeklagten verstanden, was gegen sie verhandelt wurde.

Angeklagt wurden alle Männer und Frauen, die in der Verwaltung, in der NSDAP oder einer ihrer Formationen oder in der Wirtschaft auch nur die kleinste führende Stellung bekleidet oder irgendeinen Betrieb geleitet hatten. Oft genügte auch eine Denunzierung. Die Volksgerichte forderten für jeden Angeklagten eine Beurteilung (popis) bei dem für seinen Wohnort zuständigen Národní výbor an. Das wurde den Angeklagten zum Verhängnis, wenn persönlicher Haß oder der Wunsch, sich den Besitz des Angeklagten anzueignen, in den Beurteilungen ihren Niederschlag fanden. In anderen Fällen haben Tschechen von dieser ein-

¹¹⁾ Die Retributionsverfahren haben ihre Wurzel in der von der čsl. Regierung im Exil entwickelten „Kontinuitätstheorie“. Präsident Benesch widerrief nach Kriegsbeginn seine Abdankung und erklärte das Münchener Abkommen für „ex tunc“ ungültig. Nach dieser Theorie bestand die CSR ungeschmälert weiter, auch die Pflichten der Bürger gegen diesen Staat.

zigen für sie bestehenden Möglichkeit Gebrauch gemacht, ihre bisherigen deutschen Nachbarn mittels reeller Beurteilungen vor langer Haft zu bewahren.

Die Verhaftungen begannen gleich nach dem Einmarsch der Russen, vor Erlaß des Retributionsdekrets.

Die Verhafteten wurden in das Polizeigefängnis in der Tiefen Gasse oder ins Kreisgerichtsgefängnis eingeliefert. Verhaftete aus dem nördlichen Teil der Sprachinsel kamen nach Deutschbrod oder ins Kreisgerichtsgefängnis Kuttenberg.

In Iglau wurde das Kreisgerichtsgefängnis am 1. Juni geräumt, Russen zogen ein. Die Häftlinge wurden in die „Kreuzkaserne“ verlegt, am 18. Mai in die „Jakobsschule“. Dort wurden je 90 Mann in einen Klassenraum gepfercht, es gab keine Waschgelegenheiten. Mißhandlungen waren an der Tagesordnung.

Am 1. Juni erfolgte Rückverlegung in das von den Russen verlassene und nunmehr vor Schmutz und Ungeziefer starrende Kreisgerichtsgefängnis.

Am 7. Juni, 12 Tage vor Erlaß der Retributionsdekrete, wurden 19 im Kreisgerichtsgefängnis in Haft gehaltene Männer auf den Militärschießplatz im Ranzerwald geführt, mußten dort vor dem Kugelfang ihre Gräber schaufeln und wurden anschließend von „Partisanen“ erschossen. Ein am Vortag im Hause Speratusgasse 12 tagendes „Partisanengericht“ soll sie in Abwesenheit zum Tod verurteilt haben. Keinem der Getöteten kann eine gesetzwidrige Handlung, ein gehässiges oder schädigendes Verhalten Tschechen gegenüber zur Last gelegt werden, noch ist sonst ein Grund ersichtlich, warum gerade diese Männer erschossen wurden.

Hier die Namen und Berufe der Erschossenen:

Bischöfl. Rat Christian Honsig, Stadtpfarrer
Ing. Konrad Weigner, Baumeister
Emanuel Lang, Baumeister
Konrad Augustin, Tapezierermeister
Franz Bruna, Trafikant (armamputiert)
Franz Howorka, Kreisamtsleiter der DAF
Josef Kestler, Bankbeamter
Leopold Mattl, Angestellter der Gestapo
Rudolf Mattl, Polizist
Franz Petschenka, Rechnungsführer der ehem. Gendarmerie
Ferdinand Piskorz, Kaufmann
Johann Laschka, Landwirt
Viktor Politzer, Polizist

Otto Rippl, Kaufmann
Johann Toscher, Polizist
Rudolf Köck, Malermeister
Fanta, Polizist
Roztomily, Arbeiter
Ruschitschka, Beruf unbekannt

Bei dem Kreisamtsleiter der DAF, dem Gestapo-Angestellten, vielleicht auch noch bei den 5 Polizisten könnte man Gesichtspunkte vermuten, nach denen das „Gericht“ die Urteile fällt. Von den übrigen waren vier vor dem Krieg in deutschen Vereinen führend tätig. Parteipolitisch hat sich keiner besonders hervorgetan, einer davon war ehemaliger Kommunist. Ob „Richter“ oder Exekutionskommando einen Grund wußten? Oder brauchte man keinen Grund?

Im August 1945 begannen die Verhöre bei der „Ausforschungskommission des Volksgerichtes“, die ihr Quartier in der früheren Gestapo-Dienststelle, im Haus Ecke Steingasse/Schwedengasse (ehem. Besitzer Dr. Thorsch) aufgeschlagen hatte. Bei den Verhören wurden Aussagen und Unterschriften durch Mißhandlungen erpreßt, Protokolle gefälscht. Entlastungszeugen wurden weder gehört noch später bei den Verhandlungen zugelassen.

Bald danach begannen auch die Verhandlungen, bei denen Freiheitsstrafen von drei Jahren bis lebenslänglich zudiktirt wurden. Das Volksgericht in Iglau fällte 9 Todesurteile gegen Deutsche, sie wurden alle vollstreckt. Die Zahl der zum Tod verurteilten Tschechen und der Deutschen aus der Iglauer Sprachinsel, die von Volksgerichten an anderen Orten zum Tod verurteilt wurden, konnte nicht ermittelt werden.

Die Abgeurteilten kamen sofort in eigene Zellen und wurden bald nach der Verurteilung in Strafanstalten überführt, wo sie oft mit Kriminellen zusammen untergebracht waren. In der Folgezeit befanden sich Deutsche aus der Iglauer Sprachinsel in den Strafanstalten bzw. Straflagern Mürau Bez. Hohenstadt, Marienberg bei Olmütz, Kunzendorf b. Mähr. Ostrau, Ilava a. d. Waag, Karthaus b. Jitschin, Bory b. Pilsen und im Uranbergbau in St. Joachimstal.

Nach der Machtübernahme durch die Kommunisten im Jahr 1948 wurden Behandlung, Verpflegung und hygienische Zustände in den Gefängnissen etwas besser, die Arbeitsbedingungen strenger. Die Häftlinge wurden nach Arbeitstauglichkeit in vier Gruppen eingeteilt. Nun füllten sich die Gefängnisse auch mit Tschechen, mancher Verurteilte sah seinen ehemaligen Aufseher oder Leute, die bei seiner Verurteilung mitgewirkt haben, nun als Mithäftling wieder.

Vom Jahr 1949 ab wurden einzelne Häftlinge durch Vermittlung des

Internationalen Roten Kreuzes vorzeitig zu ihren Familien nach Deutschland entlassen. Der Großteil der Häftlinge wurde im Jahr 1955 nach Deutschland entlassen mit der Verpflichtung, das Gebiet der Tschechoslowakei nicht mehr zu betreten, bei Zuwiderhandlung muß der Rest der Strafe abgebußt werden.

Místní Národní výbor - Sklad německého majetku v Jihlavě, Tovární 2, telefon 673

5713 * P. T. Dehmannová Aug
v Jihlavě, Ston dory

Sklad německého majetku v Jihlavě vydal Vám na základě potvrzení, vystaveného komisí pro něm. majetek v Jihlavě č. j. ~~proti hotovému platební do předání věci~~ do předání věci — zdarma:

ev. č.	K	ev. č.	K
		<u>Ston dory</u>	

Zdarma povoleno komisí celkem K pro nem. maj.

Jedná-li se o přechodnou úschovu, upozorňujeme Vás, abyste si ponechal své vlastní věci ve svém dalším držení. Nemí vyloučeno, že věci v úschově budou požadovány zpět. Proto je udržujte v dobrém stavu.

V Jihlavě dne 10. 5. 1945. Vedoucí a správce skladu pro německý majetek:

Tisk «Svoboda» Jihlava. Anna Dehmannová Sklad německého majetku v Jihlavě, Tovární 2

Dieser Vordruck enthält eine Anweisung auf kostenlose Ausgabe von Wäsche und Kleidern aus ehemaligem deutschen Eigentum an die sechs Monate lang ohne jede Anklage in Haft gehaltene Landsmännin. Der Vordruck war eigentlich für die Ausgabe ehemaligen deutschen Eigentums an Tschechen vorgesehen. Bezeichnend für die Unsicherheit, die damals noch vorherrschte, ist folgender Vorbehalt in diesem Formular: „Es handelt sich um eine vorübergehende Aufbewahrung, wir machen Sie darauf aufmerksam, Ihre eigenen Sachen weiter zu behalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die in Aufbewahrung befindlichen Sachen zurückverlangt werden. Deshalb halten Sie dieselben in gutem Zustand.“

Die Aussiedlungstransporte

Mit Rücksicht auf die Lage in den deutschen Besatzungszonen wurden die Aussiedlungen nach der Potsdamer Konferenz den Herbst und Winter 1945 über eingestellt und liefen in großem Umfang im Frühjahr 1946 an.

Die zur Aussiedlung bestimmten Personen wurden in Lagern gesammelt. Solche Aussiedlungslager bestanden für den nördlichen Sprachinselteil in Stecken und in Pattersdorf, für den südlichen Teil und die Stadt Iglau in Friedrichsdorf und in Altenberg ¹²⁾.

Die Abtransporte erfolgten per Bahn, in geschlossenen Güterzugwagen, je 30 Personen in einem Wagen, etwa 1200 Personen pro Transportzug. Mitgenommen werden durften pro Person 30 kg Handgepäck, als Antifaschisten anerkannte Personen durften 70 kg mitnehmen.

Die Transportzüge in zeitlicher Reihenfolge:

Tag	Abgangsbahnhof	Zielbahnhof
26. 2. 1946	Iglau Stadt	Würzburg
14. 3. 1946	Iglau Stadt	Dieburg/Sandbach (Odenwald)
15. 3. 1946	Deutschbrod	Wabern/Fritzlar
10. 4. 1946	Iglau Stadt	Dieburg/Sandbach
25. 4. 1946	Deutschbrod	Bayreuth
28. 5. 1946	Deutschbrod	Schweinfurt
12. 6. 1946	Iglau Stadt	Regensburg
17. 6. 1946	Deutschbrod	Regensburg
13. 7. 1946	Deutschbrod	Augsburg
15. 8. 1946	Deutschbrod	Rostock
31. 8. 1946	Iglau Stadt	Augsburg/Lauingen
1. 9. 1946	Deutschbrod	Magdeburg
7. 9. 1946	Iglau Stadt	Schwäbisch Gmünd
9. 9. 1946	Deutschbrod	Salzwedel
26. 9. 1946	Iglau Stadt	Dachau/Dießen a. Ammersee ¹³⁾

Die Transportzüge in die sowjetisch besetzte Zone liefen über den Grenzübergang Tetschen-Bodenbach. Die Züge in die amerikanische Zone passierten die Grenze mit wenigen Ausnahmen, die über Eger-Waldsassen führen, zumeist in Furth im Walde. Dort wurden sie vom tschechischen Begleitpersonal an die Amerikaner übergeben. Die meisten Transporte

¹²⁾ Siehe Karte V!

¹³⁾ Siehe Karte VI!



Die Wege der Austreibung

- 1945 zu Fuß nach Österreich
- 1946 per Bahn von Österreich aus
- 1946 per Bahn von Iglau (Deutschbřed) aus
- ○ → Endpunkt eines Bahntransports, Verteilung im Umkreis

Karte VI

aus dem Iglauer Gebiet wurden von den Amerikanern beanstandet, weil oft Frauen und Kinder dabei waren, deren Männer bzw. Väter im Gefängnis oder zur Zwangsarbeit zurückbehalten wurden und weil viele Leute nicht einmal mehr die zugelassenen 30 kg Gepäck hatten.

Bei den vielen Gepäcksdurchsuchungen waren nicht nur Wertsachen, Bekleidung, Gebrauchsgegenstände und Geld, sondern auch Sparsbücher, Versicherungsscheine, Dokumente und Zeugnisse abgenommen worden, wodurch viele Leute später Schwierigkeiten hatten, ihre Identität, Berufsausbildung, Stellung oder Ansprüche nachzuweisen. Seit etwa 1950 besteht die Möglichkeit, Dokumentabschriften von den zuständigen tschechoslowakischen Dienststellen zu erhalten.

Von den Zielbahnhöfen der Transportzüge kamen die Leute zumeist in Auffanglager und von dort zunächst in Notquartiere oder in weitere Verteilerlager im betreffenden Landkreis oder in den Nachbarkreisen.

Die im Sommer 1945 nach Österreich ausgewiesenen Sprachinseldeutschen verblieben größtenteils den Sommer über im grenznahen Waldviertel, im Kreis Waidhofen a. d. Thaya. Als Erntehelfer fanden viele eine vorläufige Unterkunft bei Bauern. Im darauffolgenden Herbst und Winter boten die Sammellager in Horn, Stockerau und Wien den nicht

**Převážní lístek pro odsunované.
Transportationcard for evacuees.
Transportzettel für Evakuanten.**

*Dieser in drei Sprachen
v gedruckte Transportzettel
mußte bei den später etwas
„geregelteren“ Transporten für
jeden Vertriebenen ausgestellt
werden.*

„jméno a příjmení Name Namen	Havelka Margarete
Stáří Age Alter	24
Pohlaví Sex Geschlecht	W
Národnost Nationality Nationalität	G
Trvalé bydliště Permanent residence Ständige Adresse	Bedřichov
Zaměstnání Occupation Beruf	teacher
Kam by si přál odejít? Desires to go to? Wünscht gehen nach?	Bavary

Státní tiskárna v Praze — 602-66.

anderweitig untergekommenen Obdach. Doch waren im Lauf des Sommers und Herbstes viele aus eigenem Antrieb nach Wien gegangen. Andere wieder trachteten aus der sowjetisch besetzten Zone zu kommen und suchten den Weg in das amerikanisch besetzte Oberösterreich, wo sich vor allem in und um Linz eine größere Zahl von Iglauern ansammelte.

Im Frühjahr 1946 wurden die Vertriebenen aus Österreich in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands umgesiedelt. Aus der amerikanisch besetzten Zone Österreichs freiwillig, aus der sowjetischen auf Anordnung. In Sammellagern in Wien und Melk wurden Bahntransporte zusammengestellt. In Oberösterreich gab es keine Sammellager, die Umsiedler wurden zu den Transporten aufgerufen.

Die Transportzüge gingen über die Grenzdurchgangslager Piding bei Freilassing oder Schalding bei Passau. Die meisten dieser Transporte aus Österreich, in der Hauptsache aus Südmähren, Böhmerwäldlern, Iglauern und Donauschwaben bestehend, fanden ihr Ziel in Baden und Württemberg, zunächst wieder in Auffanglagern (Seckach, Kr. Buchen, Wasseralfingen, Sulzbach a. d. Murr, Herbrechtingen u. a.). Von dort aus ging es entweder in weitere Durchgangslager oder in Notquartiere.

Und nun begann das Suchen, nach den Angehörigen, nach Wohnung, nach Arbeit

Literaturnachweis:

- Augenzeugenberichte über die Aussiedlung und über die damit zusammenhängenden Ereignisse, hinterlegt im Iglauer Archiv, Heidenheim/Brenz.
- Benesch Eduard; Paměti, od Mnichova k nové válce a k novému vítězství. Prag 1947.
- Bchmann Alfred; Das Sudetendeutschum in Zahlen. Sudetendeutscher Rat, München, 1959.
- Bornemann Felix; Weil Sie Deutscher sind. Hans Bornemann, Stuttgart, 1964.
- Churchill Winston; Der zweite Weltkrieg. Scherz u. Goverts, München-Hamburg, 1948-1953.
- Dokumentarsammlung zur Sudetenfrage. Robert Lerche, München, 1961.
- Jaksch Wenzel; Europas Weg nach Potsdam. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1959.
- Straka Manfred; Handbuch der europäischen Volksgruppen. Wilhelm Braumüller, Wien, 1970.
- Völker, Staaten und Kulturen, Kartenwerk zur Geschichte. Westermann, Braunschweig, 1965.



Karte VII